

HARPSTEDT/HANNOVER

Die E.ON habe die geplante 380-KV-Stromtrasse Ganderkesee-St. Hülfe als „Transeuropäische Netze“-Projekt (TEN) bei der EU angemeldet, berichtet der FDP-Landtagsabgeordnete Christian Dürr. In welcher Höhe es EU-Mittel geben könnte, sei noch fraglich, der Antrag im Grundsatz unabhängig von der Frage zu sehen, ob die Stromleitung über- oder unterirdisch verlegt werde (siehe „Hintergrund“). Dürr begrüßte, dass die Interessengemeinschaft (IG) „Vorsicht Hochspannung“ am Montag in der Anhörung im Landtag zu Wort gekommen war. Ihr Sprecher Jens Kammann zeigte sich gut vorbereitet, wies auf die

Belastung einer 380-KV-Freileitung hin und stellte vier Forderungen: Über eine Neutrassierung könne nur dann ernsthaft nachgedacht werden, wenn die freiwerdenden Kapazitäten der Atom-

kraftwerke berücksichtigt würden. Zu prüfen seien eine platzsparende Trassenbündelung und die Kapazitätssteigerung, die durch Aufrüstung und Modernisierung der vorhandenen Netze

erreicht würde. Zudem müsse die Möglichkeit der Konzentration an vorbelasteten Bereichen wie an Autobahnen in Betracht gezogen werden und nicht der empfindliche Seitenraum der Hunte. Wenn dann noch ein Bedarf nachgewiesen werde, sei der technisch machbaren und volkswirtschaftlich sinnvollen Erdverlegung der Vorrang zu geben.

Laut Dr. Christian Schneller (E.ON Netz) ist der Bedarf für die Leitung auf Windstrom zurückzuführen. Dr. Hans-Peter Ahmels, Präsident des Bundesverbandes Windenergie, widersprach: Die Leitung werde etwa im gleichen Umfang für Stromhandel benötigt. Schon Ministerpräsident Christian Wulff hatte in einem Schreiben an den Städte- und Gemeindebund kundgetan: „Die 380-KV-Leitung Ganderkesee-Diepholz ist als Lückenschluss im vorhandenen Leitungsnetz auch ohne den weiteren Ausbau der Windenergie erforderlich.“

Kritisiert wurde in der Anhörung das Fehlen konkreter Aussagen darüber, wie gering sich die Mehrkosten der Verkabelung auf den Strompreis auswirken würden. Bleibt zu hoffen, dass sich im Landtag die Meinung durchsetzt, der Erdverkabelung Vorrang einzuräumen.

HINTERGRUND

Für „Transeuropäische Netze“ soll ab 2007 mehr Geld zur Verfügung stehen. Die EU-Kommission strebt an, die Europäische Union mit ausreichenden Haushaltsmitteln auszustatten, um die öffentliche und private Hand zu Investitionen in die großen Infrastrukturen und Schlüsseltechnologien im Energie- und Verkehrsbereich für einen echten Binnenmarkt und einen stärkeren Wettbewerb zu ermuti-

gen. Die weitaus größten finanziellen Anstrengungen in diese Richtung betreffen allerdings den Verkehrssektor. Im Energiebereich sind Haushaltsgelder in dreistelliger Millionenhöhe zur Mitfinanzierung von Durchführbarkeitsstudien der für die Vollendung des Binnenmarktes und die Gewährleistung der Versorgungssicherheit notwendigen Verbindungsleitungen für Gas und Strom vorgesehen.



Anhörung im Landtag – vor dem Präsidentenpult: Thorsten Thümler (CDU-Landtagsabgeordneter), Anne Wilkens-Lindemann (SPD-Ratsfrau), Peer Laue (Klein Henstedt), Gerald Otto (Austen), Eckhard Philipp (FDP-Ratsherr), Jens Kammann und Frank Windhorst (Sprecher der IG „Vorsicht, Hochspannung“), Hermann Bokelmann (SPD-Ratsherr), Angelika Brunkhorst (FDP-Bundestagsabgeordnete), Harro Hartmann (Bauamtsleiter der Samtgemeinde Harpstedt), Hiltraud Lindemann (Bürgermeisterin der Gemeinde Colnrade), Christian Dürr (FDP-Landtagsabgeordneter) und Renate Geuter (SPD-Landtagsabgeordnete). Foto: privat